

# Öffnung der Polizei für Realschüler? Noch sind die Details völlig unklar

In NRW sollen in Zukunft Realschüler wieder einen Zugang zum Polizeiberuf bekommen. Das hat Anfang September, nur wenige Tage vor der Kommunalwahl in NRW, Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) in einem Gespräch mit der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) angekündigt. Um die Realschüler fit für den Berufseinstieg bei der Polizei zu machen, sollen sie vor dem Beginn der eigentlichen Polizeiausbildung an mehreren Berufskollegs einen noch zu errichtenden neuen schulischen Bildungsgang „Fachoberschule für Polizei“ durchlaufen.

An welchen Standorten die neuen Berufsschulklassen eingerichtet werden sollen, welche Inhalte dort vermittelt werden, wer das Lehrpersonal stellen wird und unter welchen Voraussetzungen die Schüler anschließend von der Polizei übernommen werden, ist bislang völlig unklar. Noch befinden sich die Gespräche darüber zwischen den beiden Regierungsparteien in einem frühen Anfangsstadium. Selbst Innenminister Herbert Reul (CDU) zeigte sich vom Vorstoß seiner Kabinettskollegin überrascht. Gegenüber den Medien betonte Reul lediglich, dass durch die Rückkehr zum G9-Abschluss an den Schulen auch die Polizei in einigen Jahren vor ein Personalproblem gestellt sein wird. Die Realschüler könnten helfen, diese Lücke zu schließen.

Grundlage des überraschenden Vorstoßes der Schulministerin ist eine von der FDP durchgesetzte Vereinbarung im Koalitionsvertrag vom Sommer 2017. Dort heißt es: „Unter Beibehaltung der zweigeteilten Laufbahn wollen wir künftig auch Bewerberinnen und Bewerbern mit mittlerem Bildungsabschluss den Zugang zur Polizei ermöglichen.“ Die FDP hatte damit ein Konzept aus Rheinland-Pfalz aufgegriffen, wo es be-

reits seit längerer Zeit einen eigenen schulischen Bildungsgang „Polizeidienst und Verwaltung“ gibt. In dem zwei Jahre dauernden Bildungsgang stehen neben allgemeinbildenden Fächern wie Deutsch, Englisch und Mathematik auch berufsspezifische Lehrinhalte wie „Im Polizeiberuf orientieren“, „Bei Maßnahmen der Gefahrenabwehr mitwirken“ und „Aufnahmen und Bearbeitung von Verkehrsunfällen unterstützen“ auf dem Stundenplan. Hinzu kommen zwölf Wochen Praktikum bei der Polizei oder einer anderen Ordnungsbehörde.

Die GdP sieht die geplante Einrichtung eigener Berufsschulklassen, mit deren Hilfe Schüler mit einem mittleren Bildungsabschluss auf einen Berufseinstieg bei der Polizei vorbereitet werden sollen, kritisch. Zum einen stellt sich die Frage, ob die Vermittlung von Schulabschlüssen wirklich zu den Kernaufgaben der Polizei gehört? Auch ohne spezielle Berufsschulklassen für die Polizei gibt es bereits jetzt zahlreiche Bildungsgänge, in denen Schüler mit einem mittleren Bildungsabschluss die Fachhochschulreife erwerben können. Das Abitur ist nur eine von vielen Möglichkeiten dazu. Zudem müsste die Polizei in erheblichem Um-

fang den Berufskollegs Lehrpersonal zur Verfügung stellen, wenn in NRW ähnliche Berufsschulklassen zur Vorbereitung auf den Polizeiberuf eingerichtet werden, wie es sie in Rheinland-Pfalz bereits gibt. Der Mangel an Lehrenden in der Polizei würde dadurch noch verschärft. Das gleiche Problem stellt sich auch bei den Praktika. Schon jetzt stoßen viele Dienststellen wegen der zahlreichen Kommissaranwärterinnen und -anwärter an ihre Grenzen. Sollten jetzt in größerem Umfang noch Schülerpraktikanten hinzukommen, ginge das zwangsläufig zu Lasten der Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter. Wie diese Probleme gelöst werden sollen, ist völlig unklar.

Hinzu kommt, dass sich der Aufbau eigener Berufsschulklassen für die Polizei als trojanisches Pferd erweisen könnte, um die vor 20 Jahren eingeführte zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei rückgängig zu machen. CDU und

## Noch viel Luft nach oben

Nur vier Prozent aller Bewerber haben sich durch eine Berufsausbildung für ihr Studium bei der Polizei qualifiziert. Bei den eingestellten Anwärtern liegt die Quote sogar unter drei Prozent.

### Anteil der Kommissaranwärterinnen und -anwärter in NRW mit Berufsausbildung

Jahr	gesamt	mit Berufsausbildung
2017	Bewerber	9 373
	eingestellt	2300
2018	Bewerber	11 246
	eingestellt	2300
2019	Bewerber	10 083
	eingestellt	2500

Quelle: Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW



FDP streiten das zwar entschieden ab, aber die gelebte Wirklichkeit könnte nachher ein ganz anders Resultat hervorbringen, nämlich die Einführung einer Polizei light durch die Hintertür. NRW würde damit ohne Not seinen von vielen anderen Ländern bewunderten hohen Standard der Polizeiausbildung aufgeben.

Trotzdem ist auch die GdP nicht dagegen, jungen Menschen ohne Abitur einen Weg

zur Polizei zu ebnen. Das Innenministerium müsste dazu nur eine Möglichkeit nutzen, die es längst gibt, nämlich die aktive Bewerbung des Polizeiberufs bei jungen Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung. Dass auch sie zur Polizei kommen können, wissen die meisten nicht, weil das Innenministerium mit seiner Werbekampagne ausschließlich Abiturienten anspricht, Absolventen von

Berufsschulen aber vollkommen vernachlässigt. Hinzu kommt, dass fast alle Polizeibehörden in den vergangenen Jahren die Stellen für die Personalwerber abgebaut haben, um Lücken an anderen Stellen zu stopfen. In vielen Behörden ist niemand mehr da, der in die Schulen gehen kann, um für den Polizeiberuf zu werben. Auch dieser Fehler muss umgehend korrigiert werden.

## Unausgegorenes Konzept



Berufskollegs, wie Gebauer behauptet, aber ich brauche ein neues Werbekonzept für die Polizei, das alle mitnimmt. Auch junge Menschen ohne Abitur. Und ich brauche ein ehrliches Bekenntnis der Landesregierung, dass die zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei nicht angetastet wird.

Wer bei jungen Menschen nach den beliebtesten Berufen fragt, landet unweigerlich bei der Polizei. Bei der Polizei zu arbeiten, gilt bei jungen Menschen nicht nur als attraktiv, sondern es gibt ihrem Leben einen Sinn. Sorge um den eigenen Nachwuchs machen muss sich die Polizei deshalb nicht, auch wenn der Kampf um die besten Köpfe in den nächsten Jahren härter wird. Dass sich Schulministerin Yvonne Gebauer trotzdem kurz vor der Kommunalwahl öffentlich Sorgen um den Polizeinachwuchs gemacht hat, ist deshalb ein leicht zu durchschauender Taschenspielertrick. Denn für die Polizei ist der Innenminister zuständig und nicht die Schulministerin. Zudem hat Gebauer genug ungelöste Probleme im eigenen Bereich, um die sie sich endlich kümmern müsste. Aber so funktioniert Politik. Da wird ein völlig unausgegorenes Konzept auf den Markt geschmissen, nur um eine Stimmungslage zu befriedigen. Dass Gebauer der Polizei damit schadet, ist ihr egal. Trotzdem: Auf die leichte Schulter nehmen darf man den Vorstoß der Schulministerin nicht. Denn die Frage, warum der Innenminister nichts unternimmt, um auch junge Menschen, die zwar kein Abitur mitbringen, dafür aber eine Berufsausbildung durchlaufen haben, für die Polizei zu begeistern, ist berechtigt. Dafür brauche ich zwar keine eigenen Schulklassen an den

**Michael Mertens**  
Landesvorsitzender der GdP

## Verlagerung der Fachaufsicht: GdP fordert Dienstvereinbarung zur Beteiligung der Personalräte

Die von der Landesregierung geplante Verlagerung der Fachaufsicht über die 47 Kreispolizeibehörden auf die drei Landesoberbehörden der Polizei, LAFP, LZPD und LKA, macht Sinn, weil das Innenministerium dadurch von tagesaktuellen Fragen entlastet wird und sich wieder stärker auf die strategische Weiterentwicklung der Polizei konzentrieren kann. In einer Ende September an den Landtag verschickten Stellungnahme macht die GdP trotzdem auf zwei Schwachstellen des vorliegenden Entwurfs zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes (POG) aufmerksam:

1. Zum einen ist es aus Sicht der GdP fraglich, ob die bislang für die Fachaufsicht vorgesehenen 21 zusätzlichen Stellen für die drei

Landesoberbehörden der Polizei (LOB) ausreichen, damit die LOBs die ihnen übertragene neue Aufgabe sachgerecht wahrnehmen können. Die GdP fordert deshalb deren Ausweitung. Mit Rücksicht auf die angespannte Personalsituation in den Kreispolizeibehörden soll dieser Schritt aber erst nach und nach erfolgen.

2. Veränderungen von Organisationsstrukturen sind vor allem dann erfolgreich, wenn alle Beteiligten in den Gestaltungsprozess einbezogen werden. Dass das Land bei der Implementierung der Fachaufsicht auf ein Auditverfahren setzt, bei dem die Polizeibehörden vor Ort eingebunden sind, wird deshalb von der GdP ausdrücklich begrüßt. Eine Regelung, wie die Personalräte in den Kreispo-

lizeibehörden vor Ort und der PHPR auf der Ebene des Innenministeriums in dem Prozess beteiligt werden sollen, fehlt dagegen. Weil die Ergebnisse des Auditverfahrens massive Auswirkungen auf die Organisationsstrukturen und die Arbeitsweise der Polizeibehörden haben können, fordert die GdP, dass diese Mitbestimmungslücke geschlossen wird. Damit es hier zu einheitlichen Standards kommt, ist dazu eine landesweit geltende Dienstvereinbarung zu schließen.



Stellungnahme der GdP zur  
2. Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes



## Geplante Änderung der Gewahrsamsordnung setzt Tarifbeschäftigte massiven Gefahren aus

Seit der im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Novellierung des Polizeigesetzes können in NRW Tarifbeschäftigte grundsätzlich auch im Polizeigewahrsam eingesetzt werden. Bei der Gesetzesänderung hatten die beiden Regierungsfraktionen noch beschwichtigend erklärt, dass die Tarifbeschäftigten die Polizisten im Gewahrsam nur unterstützen, nicht aber ersetzen sollen. Ein jetzt vom Innenministerium vorgelegter Entwurf für eine neue Gewahrsamsvollzugsverordnung geht weit darüber hinaus.

Wird sie in Kraft gesetzt, könnten Tarifbeschäftigte sämtliche Aufgaben im Polizeigewahrsam übernehmen, die bislang Vollzugsbeamten vorbehalten sind. In Zukunft sollen Tarifbeschäftigte nicht nur bei der Umsetzung freiheitsentziehender Maßnahmen mitwirken, sondern auch unmittelbaren Zwang ausüben dürfen, wenn das zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Nach dem Entwurf schließt das auch den Einsatz von Fesseln, Reiz- und Betäubungsmitteln sowie des Schlagstocks ein. Wie die Tarifbeschäftigten auf diese Aufgaben vorbereitet werden sollen, ist vollkommen unklar. Im Entwurf des Innenministeriums heißt es dazu lediglich, dass Tarifbeschäftigte nur dann mit Aufgaben im Gewahrsam betraut werden dürfen, „wenn sie zur Aufgabenwahrnehmung persönlich und fachlich geeignet sind“. Welche Qualifikationen sie dazu mitbringen müssen, bleibt aber völlig offen.

Die GdP hält das für verantwortungslos. Im Polizeigewahrsam kommt es immer wieder zu gewaltsamen Angriffen durch die dort festgehaltenen Personen. Tarifbeschäftigte verfügen

aber weder über die notwendige Ausbildung, noch über das entsprechende Training, um solche Situationen beherrschen zu können. Hinzu kommt, dass das Innenministerium die besonderen Eingriffsbefugnisse, die Polizisten vorbehalten sind, nicht einfach per Verordnung auf die Tarifbeschäftigten übertragen kann.

Würde das trotzdem passieren, wäre das ein Einstieg in eine Polizei light, bei der Kernaufgaben der Polizei von Hilfspolizisten wahrgenommen werden. Deshalb hat die GdP ihren massiven Widerstand gegen die geplante Änderung der Gewahrsamsordnung angekündigt. „Dabei geht es um weit mehr als die Frage, ob Tarifbeschäftigte bestimmte Aufgaben in der Polizei übernehmen sollen, sondern es geht darum, ob die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft sicher sein können, dass Eingriffe in ihre Grundrechte nur von Personen vorgenommen werden, die dazu befugt sind“, betonte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. „Deshalb werden wir diese Auseinandersetzung in die Öffentlichkeit tragen.“ ■

## Verbindlichkeit festgeschrieben

Seit zehn Jahren müssen die Polizeibehörden in NRW eigene Konzepte entwickeln, wie sie in ihrem Bereich durch Maßnahmen zur Gesundheitsförderung die Krankenquote reduzieren und die Arbeitszufriedenheit der Be-

schäftigten erhöhen wollen. Seitdem hat sich in vielen Behörden etwas zum Besseren entwickelt, von der Anschaffung höhenverstellbarer Schreibtische und ergonomischer Sitze in den Einsatzfahrzeugen bis zur Ausstattung einzel-

## Betriebs- und Abteilungsausflüge

Das ganz besondere Ferienhotel für alle Jahreszeiten



Sie finden Ruhe, Komfort und Gastfreundschaft, eine gemütliche Raucherlounge, eine Bibliothek, auf Wunsch Allergikerzimmer und Betten mit 2.10 m Länge. Hunde sind bei uns willkommen. Das im Indoorbereich wetterunabhängige Freizeitangebot gilt als einzigartig. Sehen Sie selbst:

**OUTDOOR.** In unserer wunderschönen Umgebung im Emsland oder auf dem ferientauglichen und weitläufigen Hotelgelände:

**Floßfahrten** auf der Hase  
**Angeln** ( mit Angelschein )  
**Radtouren** ( Fahrräder kostenfrei )  
**Wanderungen**  
**3 Golfplätze** ( im 30 Min. Umkreis )  
**Reiten** ( Pferdeinstallungen )  
**Bauernolympiade**  
z.B. Wettermilken, Schubkarrenralley, Mistgabelwerfen, Wettelnageln, Hufeisenwurf, Eierlaufen u.v.m.  
**Boßeln · Planwagenfahrten**  
**Brauereibesichtigung**  
z.B. Berentzen/Äpfelkom

**INDOOR.** Alle sportlichen Aktivitäten einschl. Wellnessbereich für unsere Übernachtungsgäste **All Inclusive:**

**Bullriding**  
**Bowling** auf 2 Bowlingbahnen  
**Hallenfußball** ( Platz 15 x 10 m )  
**Basketball** ( Platzgröße 15 x 10 m )  
**Indoor-Leinwandgolf** auf 32 Plätzen  
**Putting Green** ( verstellbare Breaks )  
**Boxautomat**  
**Motorradfahren** am Simulator  
**Kickern**  
**Dart · Air Hockey**  
**Billard**  
**Muckibude** ( diverse Fitnessgeräte )  
**Tischtennis**  
**Tennis** ( 2 Hallenplätze )  
**Tanzen / Disco** in der wahrscheinlich schönsten Bar im Emsland  
**Wellnessbereich:**  
**Schwimmbad** ( 12,00 x 7,00 m )  
**Saunalandschaft** ( 3 Saunen )  
**Ruheräume** ( Innen und Außen )

**Beauty Bereich** ( Massagen und das komplette Verwöhnprogramm )  
**Solarium**

Direktbücher erhalten 5 % Rabatt  
**Stornierungen** jederzeit und kostenfrei  
**Ansprechpartner:** Rezeption  
**Telefon:** 05962 / 9348-0  
**Email:** info@aselager-muehle.de  
**www.aselager-muehle.de**





ner Liegenschaften mit Krafräumen. Trotzdem fällt die Bilanz nach zehn Jahren BGMPol eher ernüchternd aus: Vieles, was dringend gefordert ist und eigentlich längst hätte in Angriff genommen werden müssen, damit die Krankquote bei der Polizei nicht auf Dauer über dem Niveau der anderen Behörden in NRW verharrt, ist in den letzten Jahren im Behördenalltag wieder in Vergessenheit geraten. Auch weil andere plötzlich wichtiger war.

Um das zu ändern, haben sich der Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) und das Innenministerium auf eine Neufassung der Rahmenkonzeption für das BGMPol verständigt. Mit der Neufassung soll vor allem sichergestellt

werden, dass in Zukunft alle Polizeibehörden in NRW in der Abteilung ZA einen Verantwortlichen benennen, der sich schwerpunktmäßig um die Entwicklung und Umsetzung des behördeninternen Gesundheitsmanagements kümmert. In der Neufassung der Rahmenkonzeption für das BGMPol werden zudem die einzelnen Zielvorgaben jetzt verbindlich formuliert.

Was sich dadurch in der Praxis in den nächsten Jahre zeigen. GdP-Vorstandsmitglied Markus Robert, der als neu gewähl-

ter PHPR-Vorsitzender unmittelbar an der Überarbeitung der Rahmenkonzeption beteiligt war, hat aber bereits angekündigt, dass die GdP in dieser Frage Druck machen wird. „Die GdP hat vor zehn Jahren dafür gesorgt, dass es bei der Polizei überhaupt eine Gesundheitsförderung gibt. Jetzt werden wir dafür sorgen, dass sie endlich mit Leben gefüllt wird!“ ■

## Respekt einfordern! Mit einem Pin an der Uniform

Beleidigt, angespuckt, getreten und geschlagen zu werden, gehört für Polizistinnen und Polizisten längst zum Berufsalltag. Auch Feuerwehrleute und Rettungssanitäter werden immer häufiger zum Angriffsobjekt. Einfach so. Weil der Rettungswagen eine Einfahrt blockiert oder der Notarzt angeblich zu spät gekommen

ist. Vor vier Jahren ist deshalb in Dortmund die Kampagne „Respekt?! Ja bitte!“ entstanden, in der Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungssanitäter gemeinsam für mehr Respekt für ihre Arbeit werben. Die Initiative dazu ist von der Deutschen Feuerwehrgewerkschaft (DFeuG) und der GdP-Kreisgruppe Dortmund ausge-

gangen. Seit Anfang des Jahres ist der GdP-Landesbezirk NRW einer der beiden Kampagnenträger.

Um möglichst viele Menschen zu erreichen, setzt die Respektkampagne auf attraktive Bilder. In zahlreichen kurzen Filmen und Videoclips zeigen Betroffene, worum es geht. Gedreht wurden die Filme nicht mit Schauspielern, sondern mit echten Polizisten, Feuerwehrleuten und Rettungssanitätern. Und mit viel persönlichem Engagement. Prominente aus Politik, Sport und Gesellschaft zeigen zudem in kurzen Statements ihre Solidarität.

Zu sehen ist alles auf einer eigenen Kampagnen-Homepage unter [www.respekt-ja-bitte.de](http://www.respekt-ja-bitte.de) sowie den diversen Social-Media-Kanälen.

Mit der Kampagne „Respekt?! Ja bitte!“ wollen die Deutsche Feuerwehrgewerkschaft und der GdP-Landesbezirk NRW gemeinsam ein Zeichen gegen das aggressive Verhalten gegenüber den Einsatzkräften setzen. Für alle, die sich mit den Zielen der Respektkampagne solidarisch erklären, gibt es das Kampagnenlogo auch als Aufkleber und als Pin. Beide gibt es kostenlos bei den Kreisgruppen vor Ort. ■



[www.respekt-ja-bitte.de](http://www.respekt-ja-bitte.de)



## Pensionsfonds – Wann kommt ein Gesetz zur Entnahme?

Weil in den nächsten Jahren immer mehr Beamte in den Ruhestand gehen, hat das Land NRW 2017 einen eigenen Pensionsfonds gegründet, mit dem später die steigenden Pensionsverpflichtungen finanziert werden sollen. 200 Millionen Euro legt das Land seitdem hier Jahr für Jahr als Rückstellungen an. Finanziert auch durch die Beiträge der Beamten, die zur Finanzierung des Fondsaufbaus Abstriche bei der Besoldungsanpassung hinnehmen mussten, die bis heute nachwirken.

Bis Ende des vergangenen Jahres ist so ein Vermögen von 12,7 Milliarden Euro entstanden. Zum Vergleich: 2018 musste das Land NRW für 210.000 Versorgungsempfänger aufkommen, was Ausgaben von 7,7 Milliarden Euro entspricht. 2027 werden es knapp 230.000 Versorgungsempfänger sein, für die Versorgungsausgaben von 8,4 Mrd. EUR anfallen. Also rund 700 Millionen Euro mehr im Vergleich zu 2018.

Damit der Pensionsfonds nicht, wie das mit anderen Rücklagen in der Vergangenheit passiert ist, für andere Zwecke missbraucht wird, sind die Ziele des Fonds in einem eigenen Pensionsfondsgesetz (PFOG) festgelegt. Zudem wurde ein Beirat eingerichtet, der zwar nicht über die

Anlage des Fondsvermögens mitentscheidet, aber bei der Festlegung der Anlagerichtlinien anzuhören ist. In ihm ist auch der DGB vertreten.

Was bislang allerdings fehlt, ist eine politische Entscheidung, ab wann der Finanzminister auf das Vermögen des Pensionsfonds zurückgreifen kann, um die steigenden Pensionsausgaben auszugleichen. Allerdings ist die Anlagestrategie des Pensionsfonds so ausgerichtet, dass eine Entnahme frühestens ab Mitte der 2020er-Jahre sinnvoll erscheint. Für diesen Zeitsprung spricht auch, dass das Fondsvermögen trotz der Zuweisung von 200 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt in diesem Jahr infolge der Corona-Krise zum ersten Mal nicht wachsen dürfte. In den ersten drei Monaten 2020 sank das Fondsvermögen sogar um 5,1 Prozent (minus 650 Millionen Euro). Würde das Fondsvermögen angegriffen, bevor sich die Finanzmärkte von der Corona-Krise erholt haben, würde zudem der Spielraum des Landes für eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst noch kleiner werden. ■



**Intensiver Meinungsaustausch:** Fast zwei Stunden hat das Gespräch gedauert, in dem sich Ende August Mitglieder des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands der GdP mit den Spitzenkräften der FDP-Landtagsfraktion über die Weiterentwicklung der Polizei ausgetauscht haben. Eines der zentralen Themen war die Forderung der GdP, am verpflichtenden ersten Jahr im Wach- und Wechseldienst im Anschluss an das Bachelorstudium festzuhalten. Weitere Themen waren die von der Landesregierung beschlossene Einführung einer KiPo-Zulage, die Einrichtung von Langzeitkonten und die Forderung der GdP nach einer Reduzierung der Wochenarbeitszeit für die Beamten und nach einer Attraktivitätssteigerung im öffentlichen Dienst.

Teilnehmer des intensiven Meinungsaustauschs waren der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christof Rasche, der innenpolitische Sprecher Marc Lürbke sowie die Referentin für Innenpolitik, Laura Stelzhammer. Für die GdP nahmen neben dem Landesvorsitzenden Michael Mertens die Vorstandsmitglieder Jutta Jakobs, Heiko Müller und Meike to Baben an dem Gespräch teil. ■





**Als Vorsitzender der Landtagsfraktion ist Bodo Löttgen** in NRW eines der politischen Schwergewichte der CDU. Was viele nicht wissen: Schon seit mehr als 40 Jahren ist Bodo Löttgen, der viele Jahre als Kriminalhauptkommissar beim BKA gearbeitet hat, Mitglied der Gewerkschaft der Polizei. GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens hat das zum Anlass genommen, um Bodo Löttgen nicht nur stellvertretend für den Bezirk BKA für dessen langjährige Treue zur GdP zu danken, sondern auch um mit ihm über aktuelle Probleme der Polizei und über deren Stärkung durch die CDU-geführte Landesregierung zu reden. ■

## Polizeitag im Dezember über Gewalt gegen Polizisten

Im Veranstaltungskalender sind die jedes Jahr gemeinsam vom Behörden Spiegel und der GdP veranstalteten Polizeitage eine feste Größe. Eigentlich hätte der diesjährige Düsseldorf Polizeitag zum Thema Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte schon im März stattfinden sollen, aber coronabedingt musste er auf den 15. Dezember verschoben werden.

Referenten sind in diesem Jahr unter anderem Innenminister Herbert Reul, die Gelsenkirchener Polizeipräsidentin Britta Zur, der Kriseninterventionsexperte des LAFP, Thomas Kubera, der bei einem Angriff schwer verletzte Mönchengladbacher Polizist Michael Frehn und GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. ■



**Infos und Anmeldung**  
[www.polizeitage.de](http://www.polizeitage.de)



## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

1.10. Hans Günter Stemmer, Brühl  
3.10. Günter Häger, Leverkusen  
28.10. Lothar Prott, Geilenkirchen

### 91. Geburtstag

1.10. Mechtild Edeler, Coesfeld  
6.10. Roswitha Wirths, Kierspe  
11.10. Hans Duhnke, Köln  
13.10. Annemarie Schubert, Bad Salzuflen  
14.10. Hildegard Sprunkel, Bergneustadt

### 92. Geburtstag

11.10. Ingeborg Esser, Berlin  
25.10. Gisela Homann, Wuppertal  
27.10. Irmgard Prüßner, Porta Westfalica  
30.10. Horst Müller, Köln

### 93. Geburtstag

1.10. Emmy Ahrens, Bielefeld  
Otto Luckau, Herne  
8.10. Walter Neumann, Duisburg  
11.10. Marianne van Bebber, Gelsenkirchen

12.10. Ilse Pawlak, Bochum  
22.10. Eva Haumann, Düsseldorf

### 94. Geburtstag

6.10. Ingrid Lippitz, Hattingen  
Anna Mertin, Gütersloh  
10.10. Marga Pletzke, Essen

### 95. Geburtstag

12.10. Irmgard Tümmers, Neuss  
26.10. Gerda Kolb, Selm  
31.10. Christina Schleiden, Neuss

### 96. Geburtstag

8.10. Herta Paula Stobbe, Wilnsdorf

28.10. Ilse Saalfeld, Düsseldorf  
Josef Segin, Paderborn

### 98. Geburtstag

4.10. Hans Engels, Krefeld  
9.10. Maria Deppe, Köln  
30.10. Klara Lewandowski, Dortmund

### 99. Geburtstag

3.10. Lieselotte Altenhoff, Bochum  
19.10. Else Werth, Wuppertal  
21.10. Eduard Malberg, Oberhausen

**Der Geschäftsführende Landesbezirks-  
vorstand der GdP wünscht allen Jubilaren  
alles Gute und recht viel Gesundheit.**

**DP – Deutsche Polizei**  
Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle**  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Telefon (0211) 29101-0  
Telefax (0211) 29101-46  
[www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
[info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)

Adressänderung:  
[mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de](mailto:mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de)

ISSN 0170-6462

**Redaktion**  
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Telefon (0211) 29101-32  
[stephan.hegger@gdp-nrw.de](mailto:stephan.hegger@gdp-nrw.de)

**Redaktionsschluss der Oktober-  
Ausgabe ist der 9. September.**

# Der GdP Reiseservice - DAS Reisebüro für GdP-Mitglieder und deren Angehörige, denn hier zahlt sich Ihre Mitgliedschaft für Sie aus!



Unsere Hotline:  
0211/29101 - 60

[www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)

[penguin@gdp-reiseservice.de](mailto:penguin@gdp-reiseservice.de)

Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



## Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Oktober  
erhalten einen OSG-Gutschein  
im Wert von 35 Euro.

45 29201, Dortmund  
45 57387, Unna  
45 17021, Aachen

# Insiderblick in eine weitgehend unbekannte Kriminalitätsform

Auf mehr als neun Milliarden Euro schätzen Insider den Umsatz, der jedes Jahr in Deutschland mit Sportwetten erzielt wird. Weltweit geht es sogar um mehr als eine Billion Euro. Ein Markt, der von außen kaum zu kontrollieren ist und deshalb auch auf Kriminelle hohe Anziehungskraft ausübt. Durch Wettmanipulation lassen sich nicht nur relativ einfach hohe illegale Gewinne erzielen, sondern Sportwetten sind auch dazu geeignet, um zuvor durch andere kriminelle Geschäfte erzielte Gewinne weiß zu waschen.

Unter dem Namen Flankengott hat seit 2008 im Polizeipräsidium Bochum eine eigene Sonderkommission versucht, Licht in dieses Dunkel zu bringen. Die Ermittler stießen auf 312 manipulierte Spiele im Profifußball. Gegen 516 Beteiligte konnte Anklage erhoben werden. Unter dem Titel „Verbrechen am Fußball“ hat jetzt Michael Bahrs, einer der Ermittler der 2014 wieder aufgelösten Soko Flankengott, seine Erfahrungen in einem Buch zusammengefasst.

Die stark durch persönliche Erlebnisse geprägte Veröffentlichung gibt einen tiefen Einblick in die Manipulation von Sportwetten, bei denen die Beteiligten zum Teil noch nicht einmal über ein Monatseinkommen von 1.000 Euro verfügen, aber trotzdem 120.000 Euro auf den Ausgang eines Fußballspiels setzen. Bei denen sie Wetten auf unterklassige Spiele in der ganzen Welt tätigen, ohne auch nur im Entferntesten über den dazu notwendigen Fußballsachverstand zu verfügen. Möglich ist das nur, weil illegale Sportwetten schon längst kein Geschäft kleiner Ganoven mehr sind, sondern Teil der organisierten Kriminalität mit einem weitverzweigten Netz von Hintermännern und Profiteuren. Zugleich macht das unterhaltsam geschriebene Buch von Michael Bahrs deutlich, welche Defizite bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Deutschland bestehen.

Michael Bahrs, *Verbrechen am Fußball, Meine Ermittlungen gegen den organisierten Wettbetrug*, Köhler Verlag, 2020, 19,95 Euro ■



## Nachrufe

Annelore Hagel	21.09.1927	Aachen	Sigrid Schelberger	05.02.1926	Hagen
Axel Melcher	12.11.1961	Aachen	Käthe Bollmann	21.08.1927	Heinsberg
Reinhard Kleimann	04.01.1951	Bielefeld	Josef Brock	07.08.1932	Heinsberg
Uwe Göhring	18.11.1956	Bochum	Walter Schorn	16.07.1925	Heinsberg
Fred Reiner Gorn	03.08.1937	Bochum	Erwin Bernst	04.12.1935	Köln
Helmut Brennecke	18.12.1949	Bonn	Günter Bode	26.03.1944	Köln
Klaus-Dietrich Dörschlag	01.01.1955	Borken	Erna Blome	27.02.1928	Lippe
Dieter Kastel	04.06.1938	Dortmund	Karl-Heinrich Schmidt	08.07.1932	Lippe
Leo Kowalski	24.01.1922	Dortmund	Günter Wiele	08.03.1932	Minden-Lübbecke
Eckard Kroh	26.08.1960	Dortmund	Gerhard Morbitzer	08.02.1943	Münster
Karl-Heinz Schmidt	12.05.1953	Dortmund	Heinrich Olbrich	25.02.1927	Münster
Gerda Würfel	18.09.1932	Dortmund	Hildegard Neumann	15.06.1924	Recklinghausen
Stefan Faßbender	15.08.1963	Düsseldorf	Günter Begerow	14.02.1935	Rhein-Erft-Kreis
Thomas Reimann	23.05.1957	Düsseldorf	Gisbert Bücker	14.04.1938	Soest
Franz Stamm	24.09.1927	Düsseldorf	Godehard Heider	02.08.1935	Unna
Liesbeth Goray	02.11.1922	Gelsenkirchen	Karl-Heinz Anders	11.05.1944	Warendorf
Walter Kulesa	05.12.1931	Gelsenkirchen	Siegfried Leppin	17.10.1932	Wesel